Dirk Stegmann: Radikalisierung des Lübecker Bürgertums nach rechts

Alldeutscher Verband und Deutsche Vaterlands-Partei 1912-1918

Lübeck hatte zum Zeitpunkt der Reichsgründung 1871 rund 40 000 Einwohner; Handel, Handwerk und Kleinbetriebe gaben damals ökonomisch den Ton an. Erst seit den 1890er Jahren setzte die Industrialisierung in der Hansestadt verstärkt ein. Die Bevölkerung, die bis 1890 auf knapp 64 000 Einwohner angewachsen war, legte in den folgenden 20 Jahren bis zum Kriegsausbruch 1914 mehr als doppelt so rasch zu, auf nahezu 115 000 Köpfe[1].

Ungeachtet dieser gravierenden sozialen Veränderungen dominierten weiterhin vorindustrielle Mentalitäten in der Kaufmannschaft und der neuen Industriellenschicht als den wirtschaftlich und politisch führenden Eliten in der Stadt: Ein hierarchisch-patriarchalisches Denken herrschte vor, der Aufstieg von der einen Schicht in die andere war nur unter Schwierigkeiten möglich. In dieser Perspektive überrascht es nicht, dass sich der junge Lübecker Patriziersohn Heinrich Mann (Jhg. 1871) im August 1895 in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift 'Das 20. Jahrhundert. Deutschnationale Monatshefte für soziales Leben, Politik, Wissenschaft und Literatur' in einem Artikel 'Das Reichstags-Wahlrecht' für die Abschaffung der etablierten politischen Parteien und des demokratischen Reichstagswahlrechts stark machte; an deren Stelle sollte berufsständische Parteien treten, eine Ordnung, in der die „Stände" – Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr und Geistesarbeit – die Belange der Nation wahrnehmen sollten. Eine Neuordnung dieser Art könne, so meinte Heinrich Mann, auch deshalb gelingen, weil das „Gefühl der Hierarchie … in unserem Volke noch so gut wie ungebrochen"[2] sei. In seiner Ständeordnung existierte dabei die Arbeiterschaft als eigenständiger Stand überhaupt nicht, ganz zu schweigen von deren Ziel einer demokratischen verfassten Gesellschaft. Auch sein jüngerer Bruder Thomas, damals eine Zeitlang Beiträger dieser Zeitschrift, variierte in seinem Roman 'Die Buddenbrooks' (1901) am Beispiel von vier Generationen Bürgertum ähnliche politisch konservative Grundmuster im Lübecker Patriziat im 19. Jahrhundert. Noch 1926 feierte er das „Patrizisch-Städtische"[3] in seinem Vortrag über 'Lübeck als geistige Lebensform'.

Lübeck seit den 1890er Jahren: Industrialisierung und das Wachstum der politischen Arbeiterbewegung. 1890 war Lübeck immer noch primär Handelsstadt, damals wurde noch ein Drittel des gesamten deutschen Ostseehandels über die Stadt abgewickelt (Getreide, Holz, Stückgut, Wein). In den 20 Jahren danach dominierte die Industrie mehr und mehr die Wirtschaftsstruktur, wobei dem 1889 gegründeten Lübecker Industrie-Verein eine strategische Rolle zukam.[4] Neben der Holzverarbeitung existierten eine mittelgroße Schiffswerft, eine Maschinenfabrik, Metall- und Eisengießereien, Betriebe der chemischen Industrie und mehrere Spezialfabriken (Konserven, Zinngeräte, Emaille). Das 1906/7 errichtete Hochofenwerk Lübeck, eine Gemeinschaftsgründung Lübecker Kaufleute unter starker Beteiligung

1 Zu Lübeck allgemein vgl. Graßmann, Antjekathrin (Hrsg.), Lübeckische Geschichte, Lübeck 3. Auflage 1997.
2 Abgedruckt bei Loose, Gerhard, Der junge Heinrich Mann. Frankfurt am Main 1979, S. 122 f.
3 Mann, Thomas, Lübeck als geistige Lebensform (1926), in: Altes und Neues. Kleine Prosa aus fünf Jahrzehnten, Berlin und Weimar 1965, S. 372.
4 Vgl. dazu Keibel, Rudolf, Wirtschaftliche Entwicklung Lübecks seit Beginn des 19. Jahrhunderts, in: Lübecker Heimatbuch, Lübeck 1926, S. 80 ff. Keibel war 1924-1932 Syndikus der Handelskammer Lübeck.

des im schwedischen und finnischen Erzhandel tätigen Großkaufmannes Emil Possehl, verarbeitete vor allem aus Schweden eingeführte Erze und Roheisen. 1914 wurde eine Kupferhütte errichtet.

Mit dem industriewirtschaftlichen Wachstum ging in Lübeck eine Stärkung der politischen Arbeiterbewegung Hand in Hand.[5] Zäsur war die Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890; aus kleinsten Anfängen heraus erhöhte sich die Mitgliederzahl der SPD in Lübeck innerhalb von 20 Jahren von 500 in der Partei organisierten Arbeitern im Jahre 1894 auf die Höchstzahl von 8034 im Jahre 1914. Noch eindrucksvoller war das Wachstum der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterbewegung, die Zahl der im Gewerkschaftskartell zusammengeschlossenen Verbandsmitglieder stieg im gleichen Zeitraum von 1911 auf 14 354[6] an.

Diese Entwicklung zeitigte bei politischen Wahlen unmittelbar Folgen: Bei den Reichstagswahlen im Zeichen des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts für Männer wurde der Reichstagswahlkreis Lübeck seit 1890 bis zum Ende des Kaiserreichs, mit der einzigen Ausnahme in den Jahren 1893-1898, als ein Kandidat der Freisinnigen Vereinigung die Wahlen gewann, von dem sozialdemokratischen Kandidaten Theodor Schwartz (1841-1922), einem ehemaligen Former, dann langjährigen Geschäftsführer (1895-1919) des Parteiblatts 'Lübecker Volksbote' gehalten. Während der 1870er Jahre und dann noch einmal im sogenannten Kartellreichstag 1887-1890 hatte dagegen die Nationalliberale Partei, die sich als die Partei der Reichsgründung im Gefolge Bismarcks definierte, den Wahlkreis erobern können, bis sie dann in den 1880er Jahren durch den Linksliberalismus abgelöst worden war (1881-1887 durch die Deutsche Freisinnige Partei bzw. die Freisinnige Vereinigung).

Die politische Ordnung im Stadtstaat Lübeck selbst sah ganz anders aus. Die Lübische Bürgerschaft[7] war durch ein Wahlrecht geprägt, das auf der Zahlung von direkten Steuern aufbaute, ein Zweiklassenwahlrecht, wobei in der ersten Klasse 105 und in der zweiten 15 Abgeordnete gewählt wurden. Die Bürgerschaft wurde vom Wortführer einberufen, der zwei Stellvertreter hatte. Sie bildete aus ihrer Mitte einen kleineren Bürgerausschuss, eine Art Rumpfparlament mit erweiterten Kompetenzen. Bei den Wahlen selbst wurde nur die Hälfte der Abgeordneten neu gewählt, so dass ein hohes Maß an politischer Kontinuität gewahrt blieb – zugunsten des Bürgertums. Die politische Spitze, der Senat, bestand aus 14 Mitgliedern, von denen acht dem soenannten. Gelehrtenstande (darunter mindestens sechs Rechtsgelehrte) und mindestens fünf dem Kaufmannstande angehören mussten. Er wurde von einer aus Mitgliedern des Senats und der Bürgerschaft gebildeten Kommission auf Lebenszeit gewählt. Noch stärker als in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen, die ähnliche Wahlrechte für ihre Bürgerschaften besaßen, war auf diese Weise die politische Herrschaft der kaufmännischen, industriellen und administrativen Eliten fest verankert.

Die Modalitäten des Wahlrechts erklären auch, dass erstmalig im Jahre 1905 ein Vertreter der Arbeiterschaft, nämlich der langjährige

5 Zur Lübecker SPD vgl. Stein, Kalmann, The Labour movement in Lübeck 1866-1914, New York (Columbia University) 1976; Osterroth, Franz, Chronik der Lübecker Sozialdemokratie 1866-1972, Lübeck 1973.

6 Vgl. die Tabellen II und III bei Boettcher, Holger, Rechtsauskunft für Minderbemittelte. Die Auseinandersetzung zwischen Bürgertum und Arbeiterbewegung am Beispiel des Lübecker Arbeitersekretariats, in: Demokratische Geschichte 3, 1988, S. 159.

7 Vgl. Fuchs, Hartmut, Privilegien oder Gleichheit. Die Entwicklung des Wahlrechts in der Freien und Hansestadt Lübeck 1875-1920, Kiel 1971.

Theodor Schwartz (1841-1922), SPD, langjähriger Reichstagsabgeordneter für die Hansestadt Lübeck im Kaiserreich. Quelle: Reichstags-Handbuch. Zwölfte Legislaturperiode. Abgeschlossen am 3. April 1907, Berlin 1907, S. 512.

Reichstagsabgeordnete der SPD, Schwartz, in die Lübecker Bürgerschaft einrücken konnte, zusammen mit dem Arbeitersekretär Rudolf Wissell (dem späteren Reichsarbeitsminister). 1907 folgten die Arbeitersekretäre Johannes Stelling und 1909 Paul Hoff. Am Vorabend des Weltkrieges 1913 waren lediglich vier Sozialdemokraten in der Bürgerschaft vertreten, darunter Albert Henze vom Lübecker Konsumverein und der spätere Senator Paul Löwigt. Bei der Bürgerschaftswahl vom gleichen Jahr benötigte die SPD 4499 Stimmen für

vier Mandate, wohingegen die bürgerlichen Parteien mit zusammen 3451 Stimmen 33 Mandate erhielten.[8] Am Vorabend des Ersten Weltkrieges war die Machtstruktur in Lübeck in Bürgerschaft und Senat nach wie vor fest gefügt.

Die Reichstagswahlen 1912 als politische und mentale Zäsur. Anders sah es auf der politischen Ebene des Reichstages in Berlin aus: Bei den letzten Vorkriegswahlen zum Reichstag im Januar 1912 erhielt der sozialdemokratische Mandatsträger Schwartz im ersten Wahlgang 13 353 Stimmen, das waren 52,4 Prozent; der Kandidat der bürgerlichen Linken hatte 11 162 Stimmen (43,9 Prozent) auf sich vereinigen können, während die antisemitische Wirtschaftliche Vereinigung nur auf 912 (3,2 Prozent) Stimmen gekommen war.

Auf Reichsebene wurden die Wahlen zu einem Triumph der SPD. Mit 110 Mandaten stellte sie erstmals die stärkste Fraktion im Reichstag in Berlin. Dieser große Wahlerfolg war auch dadurch zustande gekommen, dass zum ersten Male in der deutschen Parlamentsgeschichte ein Wahlbündnis der SPD mit dem Linksliberalismus zustande gekommen war: Unter der Ägide von Friedrich Naumann von der Fortschrittlichen Volkspartei hatten sich beide Parteien bei den Stichwahlen auf die Unterstützung gemeinsamer Kandidaten geeinigt. Eine Weiterführung dieser Koalition im Reichstag, der sich womöglich auch die Nationalliberale Partei unter Bassermann und seinem jungen Mann Gustav Stresemann anschließen könnte, der sogenannte Block von Bassermann bis Bebel, der im Großherzogtum Baden bereits 1910 Realität geworden war, alarmierte das konservative Lager. Denn damit wuchs die Befürchtung, durch neue Koalitionen könne womöglich der Druck auf die – schwache – Regierung Bethmann-Hollweg erhöht werden, das Dreiklassenwahlrecht in Preußen (und in Folge auch in den anderen Bundesstaaten) durch eine Wahlrechtsvorlage zu ändern, zum Nachteil des Status quo.

Parteien in Lübeck

Das konservative Lager. Dieser Linksrutsch in Berlin führte im politischen Konservativismus, aber auch bei den rechtsbürgerlichen Parteien und Verbänden zu verstärkten Bemühungen, das eigene politische Lager zu sammeln und Zweckbündnisse mit befreundeten politischen Gruppierungen zu schließen. Ziel war die Aufrechterhaltung des verfassungsrechtlichen Status quo, der Bismarckschen Reichsverfassung von 1871.[9]

Eine konservative Partei hatte es in Lübeck bisher nicht gegeben, denn Konservativismus hieß im Kaiserreich zuallererst Preußen, Ostelbien, Militär und Großgrundbesitz. Aber hier bahnten sich seit Ende 1912 Veränderungen an, die vom Gebiet der preußischen Provinz Schleswig-Holstein ausgingen. Hier hatten sich die Provinzialorganisation der Deutsch-Konservativen Partei und das gemäßigt konservative Lage um die Freikonservative Partei, die sogenannte Reichspartei, Ende des Jahres zusammengeschlossen und auch eine

8 Boettcher, S. 147, auch für die folgenden Zahlen.

9 Vgl. dazu Stegmann, Dirk, Die Deutsche Vaterlandspartei in Schleswig-Holstein 1917-1918. Konservative Sammlungsbewegungen in der Provinz, in: Demokratische Geschichte, Bd. 20, 2009, S. 41-76.

eigene Parteizeitung, 'Nord-West', gegründet, die den entschlossenen Kampf gegen die SPD und den Linksliberalismus, für die Aufrechterhaltung der Schutzzölle und die Abwehr des Freihandels zur leitenden Maxime erhob. Einigende Parole war, die drohende Demokratisierungswelle aufzuhalten und Gegendämme zu errichten. Ende 1912 wurde in Lübeck mit Unterstützung des Grafen von Waldersee, des damaligen Vorsitzenden der vereinigten Konservativen in Schleswig-Holstein, ein Konservativer Verein gegründet, der am ersten Februar 1913[10] eine erste größere Werbeversammlung in Lübeck abhielt. Vorsitzender wurde der Oberstleutnant a. D. Thiel, als Redner trat der freikonservative Reichstagsabgeordnete Warmuth auf. Das neue Schlagwort hieß Großstadt-Konservativismus als schichtenübergreifende Ideologie, nicht nur das Land, sondern auch die Stadt sollte erreicht werden.

Flankierende Entwicklungen gab es im Stadtstaat Hamburg[11], wo nahezu zeitgleich eine Hamburgisch-Konservative Vereinigung gegründet wurde, die Anfang 1913 auch bei den Bürgerschaftswahlen antrat und sich neben der publizistischen Hilfe durch das einflussreiche einstige Bismarckblatt, die 'Hamburger Nachrichten', auch auf einflussreiche Hamburger Honoratioren wie die Bankiers Max von Schinckel, einen Freund des Kaisers, oder John von Berenberg-Gossler stützen konnte. Daneben waren führende Mitglieder des Alldeutschen Verbandes im Vorstand vertreten. Beide Gründungen sind Indikatoren dafür, dass einflussreiche Gruppen in Besitz und Bildung in den beiden Stadtstaaten sich politisch nach rechts entwickelten: In Hamburg war der Bankier John von Berenberg-Gossler beispielsweise 1907 noch Vorsitzender des nationalliberalen Reichstagswahlvereins von 1884 gewesen.

Über die Entwicklung des Lübecker Konservativen Vereins ist wenig bekannt; für das Jahr 1917 liegen immerhin Angaben über die Zusammensetzung seines Vorstands vor.[12] Nach außen hin firmierte er jetzt im Gegensatz zum Vorkrieg als eine Partei der kleinen Leute: Ein Kolonialwarenhändler, Henk, fungierte als Vorsitzender, Schriftführer war der Volksschullehrer Wilhelm Ketel (Lehrer an der St. Lorenz-Knabenschule), Kassenführer der Schuhmachermeister H. Schwarz, Beisitzer ein B. von Wedel, für den keine Berufsangabe vorliegt.

Der nationalliberale Verein für Lübeck und Umgebung. Politisch tonangebend in Lübeck wie in Hamburg war die Nationalliberale Partei. In Lübeck existierte ein Nationalliberaler Verein für Lübeck und Umgebung[13] unter der Leitung des Ingenieurs Gotthard Cloß, der auch zusammen mit dem Fabrikanten Heinrich Thiel Vertreter Lübecks im Zentralvorstand der Partei in Berlin war; sein Stellvertreter war der Amtsrichter Dr. Gebhard. Schriftführer ein Verwaltungsbeamter, Kassierer ein Schornsteinfeger-Obermeister und endlich Schatzmeister ein Bankprokurist. Daneben waren auch freie Berufe und Exponenten des selbständigen Mittelstandes vertreten – das klassische Sozialprofil einer Besitz und Bildung repräsentierenden Partei.

10 Nord-West Nr. 3, 9. Februar 1913, S. 38; zur Assistenz des Grafen von Waldersee vgl. Nr. 6, 23. März 1913, S. 92. Fritz Warmuth , geb. 1870, war Amtsrichter in Jauer, MdR 1912-1918, 1919-1920 und 1920-1924, DNVP.

11 Vgl. dazu Stegmann, Dirk, Die Erben Bismarcks. Sammlungspolitik 1897-1918, Köln und Berlin 1970, S. 317ff.

12 Lübecker Adressbuch 1917, S. 938; für 1918 fehlen leider alle Angaben.

13 Organisations-Handbuch der Nationalliberalen Partei des Deutschen Reiches. Sechster Jahrgang 1914/15, Berlin o. J. (1915), S. 544 f.

Das nationalliberale Milieu in Lübeck im Kaiserreich.
Quelle: Organisationshandbuch der Nationalliberalen Partei des Deutschen Reiches. Sechster Jahrgang 1914/15, Berlin o. J. (1915), S. 344-345.

Lübeck

Freie und Hansestadt Lübeck

Dem Landesverband von Schleswig-Holstein, Lübeck und Lauenburg angeschlossen.

Senat: Besteht aus 14 Mitgliedern, von denen 8 dem Gelehrtenstande (darunter mindestens 6 Rechtsgelehrte) und mindestens 5 dem Kaufmannsstande angehören müssen. Sie werden von einer aus Mitgliedern des Senats und der Bürgerschaft gebildeten Kommission auf Lebenszeit gewählt.

Bürgerschaft: Besteht aus 120 Mitgliedern, die ihr Amt sechs Jahre bekleiden und alle zwei Jahre zum dritten Teil neu gewählt werden.

Mitglieder des Deutschen Reichstags.

Mitglieder im Zentralvorstande der Nationalliberalen Partei.
G. W. A. Cloß, Ingenieur, Lübeck, Seydlitzstraße 25. Heinr. Thiel, Fabrikant, Lübeck, Schwartauer Allee 20 a.

Mitglieder im Ausschuß des Landesverbandes Schleswig-Holstein, Lübeck und Lauenburg.

G. W. A. Cloß, Ingenieur, Vorstandsmitglied im Ausschuß des Landesverbandes und Wahlkreisobmann des Wahlkreises Lübeck. Dr. H. Gebhard, Amtsrichter, stellvertr. Obmann. **Beis.:** A. Albrecht, Kaufmann, Lübeck, Kaiser-Friedrich-Straße 1. W. Eschenburg, Konsul, Lübeck, Gr. Altefähre 21. J. Foerster, Schornsteinfegerobermeister, Lübeck, Untertrave 78. Dr. Herm. Meyer, Lübeck, Geninerstraße 37 a. Hr. Thiel, Fabrikant, Lübeck, Schwartauer Allee 20 a.

Geschäftsstelle.

Lübeck, Seydlitzstraße 25.

Nationalliberale Presse.

Lübeck: Lübecksche Anzeigen.*

378. Reichstagswahlkreis. Freie und Hansestadt Lübeck

Gew 1912: Johann Karl Theodor Schwartz, Geschäftsf. d. Buchdr. v. Friedr. Mayer & Co. (Verleger des „Lübecker Volksboten"), Lübeck (S). Ev 97 st Wb 26 932 (24 822) gew 25 434 (22 874) S 13 353 (11 575) F 11 162 (11 287) WV 912 Vertr 67 N 80 F 87 N 90 S 93 FV 98 S. — Natl. Ztg.: Lübeck: Lübecksche Anzeigen.* — 2 Dr 7 Bl 1 C.

Wahlkreisobmann: Obmann: G. W. A. Cloß, Ingenieur, Lübeck, Seydlitzstraße 25. **Stellv. Obmann:** Dr. H. Gebhard, Amtsrichter.

Lübeck, 98 656 Ew., **und Umgegend,** Nationalliberaler Verein. **Ehrenvors.:** Hr. Thiel, Fabrikant, Schwartauer Allee 20 a. **1. V.:** Gotth. W. A. Cloß, Ingenieur, Seydlitzstraße 25, **P.** **2. V.:** Dr. H. Gebhard, Amtsrichter. **Schr.:** W. Bauer jr., Verwaltungsbeamter, Lübeck, Seydlitzstraße 30. **K.:** J. Foerster, Schornsteinfegerobermeister, Untertrave 78. **Schatzmeister:** Carl Rieger, Bankprokurist, Lübeck (Commerz-Bank), Rotlöscherstraße 45, **T** 9030. **VW.:** Frühjahr. **J.-B.:** 1 M. **F. M. St.**

Auch hier kam es als Reaktion auf die politische Linksentwicklung seit 1912 Ende des Jahres zu einem Zusammengehen der Lübecker Nationalliberalen mit den Nationalliberalen im benachbarten Schleswig-Holstein: Es wurde eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Landesverband der Nationalliberalen in Schleswig-Holstein und Lauenburg vereinbart, der dann auch die Nationalliberalen in Hamburg, der sogenannte Reichstagswahlverein von 1884, beitraten. Die Geschäftsführung dieser neuen Gesamtorganisation in Norddeutschland lag in Hamburg, Organ war die Parteizeitschrift 'Der Elbwart' beziehungsweise die 'Bismarckwarte'(seit 1913).[14]

Innerhalb der Gesamtpartei stand der norddeutsche Nationalliberalismus auf dem rechten Flügel, zusammen mit dem dezidiert schwerindustriell geprägten Landesverband Westfalen.[15] Im ebenfalls 1912 gegründeten Altnationalliberalen Reichsverband, der Organisation der Parteirechten, saß der preußische Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis 4 (Tondern) Anton Schifferer (1871-1943)[16], ein Brauereiindustrieller aus Kiel, im geschäftsführenden Ausschuss. Sie alle einte das politische Credo, in der Wahlrechtsfrage den Status quo vehement zu verteidigen und keinerlei Bündnissondierungen mit der bürgerlichen Linken um Friedrich Naumann und seine Partei, geschweige denn der SPD stattzugeben.

Das nationale Vereinswesen: Die Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes in Lübeck. Neben den bürgerlichen Parteien spielte das nationale Vereinswesen im Stadtstaat eine eigenständige Rolle. Tonangebend wurde der Alldeutsche Verband. Er verstand sich als Bannerträger einer entschieden nationalen Politik, propagierte die Einigung aller Deutschen über die nationalen Grenzen hinweg und trat zunehmend für eine aggressive Welt- und Kolonialpolitik ein, vor allem seit der diplomatischen Niederlage des Deutschen Reiches in der Zweiten Marokkokrise 1911. Rassistische und völkische Ideologie verstärkten sich in der Verbandsideologie vor allem, nachdem der Mainzer Rechtsanwalt Heinrich Claß (1868-1953) die Verbandführung übernommen hatte.

Schon bei der Gründung des Alldeutschen Verbandes 1891 in Berlin war der damalige Präses der Lübecker Handelskammer, Lange[17], Vorstandsmitglied geworden. Wichtigstes Mitglied wurde jedoch Johann Neumann[18]; ohne ihn hätte der Verband in Lübeck keine so große Breitenwirkung entfalten können. 1865 in Lübeck geboren, studierte Neumann in Freiburg, Leipzig und Kiel Rechtswissenschaften und Nationalökonomie. 1893 wurde er Richter und 1899 in die Bürgerschaft, 1904 dann zum Senator auf Lebenszeit gewählt. Im Senat war er zunächst Mitglied der Justizkommission und stellvertretender Polizeiherr sowie Vorsitzender der Militärkommission, später der Finanzbehörde (1917-20). 1921 endlich wurde er zum Bürgermeister der Stadt gewählt, bis er 1926 wegen Verwicklungen in alldeutsche Putschpläne sein Amt niederlegen musste.

Er war auf dem Alldeutschen Verbandstag in Mainz 1900 mit dem Mainzer Rechtsanwalt Heinrich Claß bekannt geworden, der

14 Bismarckwarte, Hamburg, Nr. 3, 1. März 1913, S. 55 (bis Ende 1912 hieß die Zeitschrift 'Der Elbwart').

15 Thieme, Hartwig, Nationaler Liberalismus in der Krise. Die nationalliberale Fraktion des preußischen Angeordnetenhauses 1914-1918, Boppard 1963, S. 46.

16 Ebda., S. 49.

17 Bonhard, Otto, Geschichte des Alldeutschen Verbandes, Leipzig und Berlin 1920, S. 251.

18 Claß, Heinrich, Wider den Strom. Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich, Leipzig 1932, S. 100 f.

1908 zum Verbandsvorsitzenden aufsteigen sollte. Neumann, seit der Jahrhundertwende Vorsitzender der Ortsgruppe Lübeck, brachte diese laut Claß „zur außerordentlichen Blüte“[19]. 1904 stieg er zum Mitglied der Hauptleitung auf und blieb in diesem Amt bis 1907, enger „Freund“ und politischer Weggefährte des Verbandsvorsitzenden. Für diesen war Neumann auch deshalb von besonderem Wert, weil er als lübischer Bevollmächtigter zum Bundesrat Claß mit wichtigen Informationen über innen- und außenpolitische Entwicklungen auf hoher politischer Ebene vertraulich auf dem Laufenden hielt.

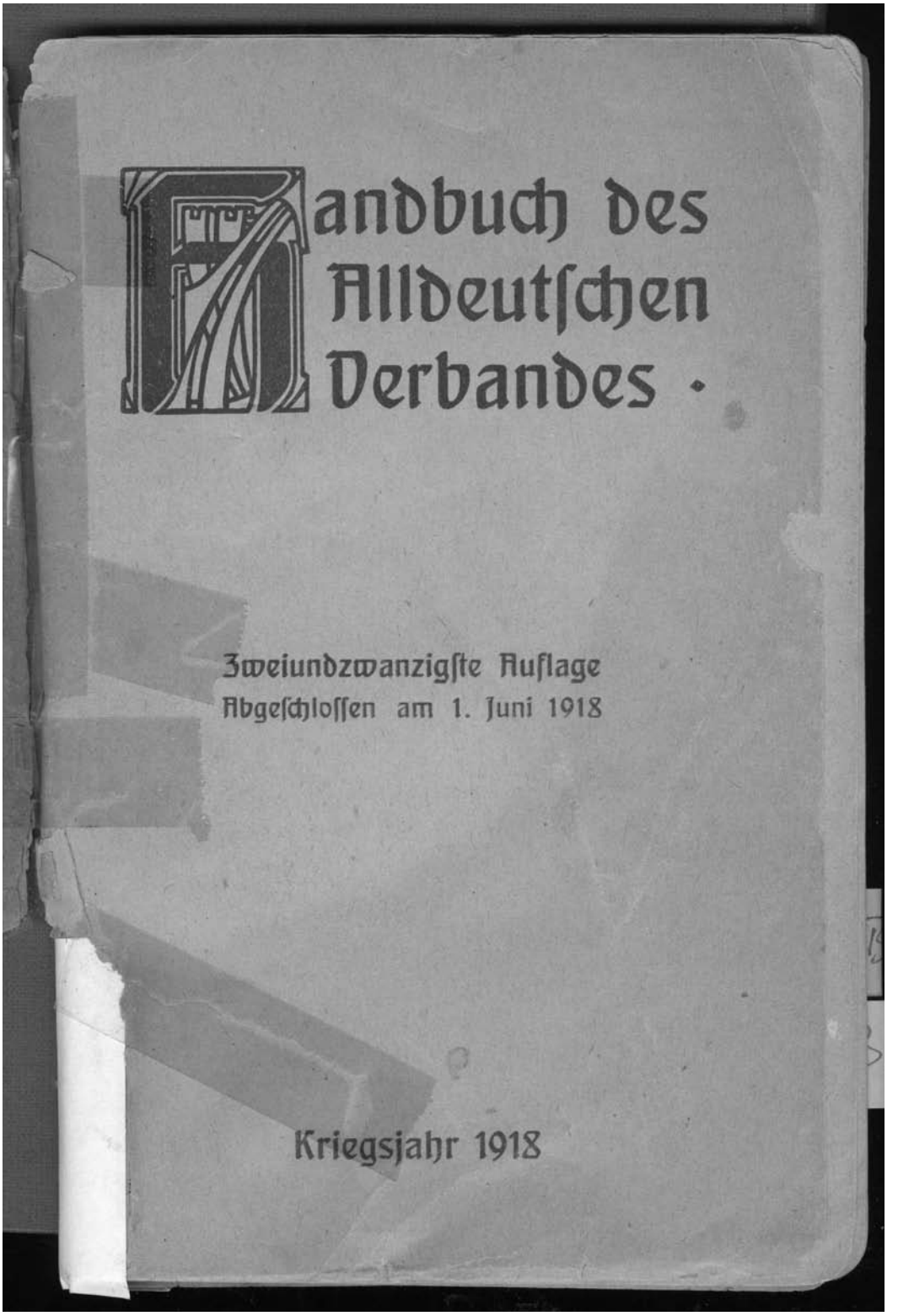
Bild links:
Johann Martin Andreas Neumann (1865-1928), Senator (seit 1904) und Bürgermeister der Hansestadt Lübeck (1921-1926).
Quelle: Stadtarchiv Lübeck

Angestoßen von der Ortsgruppe Lübeck, das heißt von Neumann, wurde 1901 in Norddeutschland ein Nordelbischer Gau[20] des Alldeutschen Verbandes etabliert, dem die damaligen Ortsgruppen in Barmstedt, Elmshorn, Eutin, Hamburg, Heide, Kiel, Lübeck, Schwerin und Tondern bis 1908 angehörten. Bis 1910 ging die Masse der kleineren Ortsgruppen anscheinend wieder ein, damals existierten nur noch Ortsgruppen in Hamburg, Kiel und Lübeck. Sitz des Nordelbischen Gaus wurde jetzt Lübeck; 1916 kamen die neuen Ortsgruppen in Grevesmühlen und 1918 in Flensburg[21] hinzu. Vorsitzender der Ortsgruppe Lübeck und des Nordelbischen Gaus 1918 war der Lübecker Oberlehrer am Katharineum, Dr. Carl Grube[22], der auch im Lübecker Bürgerausschuss vertreten war. In Kiel[23] standen damals zwei Ärzte an der Spitze ebenso wie in Flensburg[24] und in Grevesmühlen[25], in Hamburg ein Richter, der Altonaer Landgerichtsdirektor Carl Lohmann, ebenfalls ein intimer Freund von Claß.

Zweiter einflussreicher Aktivposten der Alldeutschen in Lübeck war der Großkaufmann Emil Possehl (1850-1919), seit 1901 Senator auf Lebenszeit, der bei weitem reichste Lübecker Bürger, ein begeisterter Bismarckianer. Er tat sich nicht nur als erfolgreicher, innovativer Industrieller sondern auch als großzügiger Stifter hervor, unter anderem beim Neubau des Lübecker Stadttheaters, für das er 1907 zusammen mit dem Grundstück allein 500 000 Mark stiftete. Die politischen Ziele der Alldeutschen unterstütze er; wie Claß oder Neumann „glaubte er an den volklich höheren Rang der germanischen Völker und an ihre Berufung, zu ordnen und zu führen.“[26]

Sozialpolitisch war er der Prototyp des autoritär-patriarchalischen Unternehmers, ebenso wie Alfred Hugenberg (Kruppkonzern) oder Emil Kirdorf, der Leiter des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, beide ebenfalls Alldeutsche. In der rückblickenden Perspektive seines politischen Freundes Claß war Possehl „Herrenmensch durch und durch“, „hart“ gegenüber Arbeitern und Angestellten, so dass er in Lübeck „unbeliebt“ war, ja „von vielen gehasst“[27] wurde. Possehl trat nach außen als Alldeutscher, im Gegensatz zu Neumann, nicht hervor, er blieb ein Mann des Hintergrundes, obwohl persönlich eng mit Claß in den letzten Vorkriegsjahren verbunden. Nachdem der Gesamtvorstand 1911 in Lübeck getagt hatte, verfasste er, quasi im Auftrage des Verbandsvorsitzenden, 1912 eine Denkschrift an das Reichsamt des Innern, in der ein wirtschaftlicher Generalstab gefordert wurde, der die Versorgung des Deutschen

19 Ebda.
20 Hering, Rainer, Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890-1939, Hamburg 2003, S. 283.
21 Ebda., S. 284.
22 Handbuch des Alldeutschen Verbandes. Kriegsjahr 1918, 22. Aufl. 1918, S. 19.
23 Dr. med. Aßmus, dann 1918 Dr. med. Weisner und Dr. med. Hansen; ebda., S. 14.
24 Dr. med. Scharff, ebda., S. 33.
25 Sanitätsrat Dr. Fabricius, ebda., S. 36.
26 So die Formulierung ohne genauen Quellennachweis bei Niendorf, Helmuth unter Mitarbeit von Haß, Kurt, nach Aufzeichnungen von Dr. Rudolf Keibel im Auftrage der Possehl-Stiftung, Geschichte des Handelshauses Possehl 1847- 1919, Lübeck 1962, S. 140; zu Possehl vgl. auch Keibel, Rudolf, Emil Possehl, Lübeck 1941.
27 Claß, Wider den Strom, S. 231. Er spricht hier irrtümlich von Ludwig Possehl, meint jedoch Emil.


Handbuch des
Alldeutschen
Verbandes
Zweiundzwanzigste Auflage
Abgeschlossen am 1. Juni 1918
Kriegsjahr 1918

d) Gauverbände.

8. „Nordelbischer" Gauverband, umfassend die Ortsgruppen: Flensburg, Grevesmühlen, Hamburg, Kiel, Lübeck. Vorort ist Lübeck. Vorsitzender: Dr. Grube, Professor, Lübeck, Kaiser-Wilhelmstraße 8.

O.Gr. Lübeck, Vorsitzender: Prof. Dr. Grube, Kaiser-Wilhelm-Straße 8. Schriftführer: Rat Dr. Storck, Moltkestr. 16 (i. Felde). Kassenführer: Joh. Heinr. Zäckel, Untertrave 74.

Bild links:
Handbuch Nordelbischer Gauverband und Ortsgruppe Lübeck des Alldeutschen Verbandes 1918.
Quelle: Handbuch des Alldeutschen Verbandes, 22. Auflage. Abgeschlossen am 1. Juni 1918. Kriegsjahr 1918, Berlin 1918, S. 19 und S. 43.

Bild linke Seite:
Titelseite des Handbuchs Nordelbischer Gauverband und Ortsgruppe Lübeck des Alldeutschen Verbandes 1918.
Quelle: Handbuch des Alldeutschen Verbandes, 22. Auflage. Abgeschlossen am 1. Juni 1918. Kriegsjahr 1918, Berlin 1918.

Reiches in dem – erwarteten – großen Krieg sicherstellen sollte. Die Schrift wurde im Januar 1912 eingereicht. Aber erst im April 1914 kam es zu ersten Gesprächen[28] mit der Reichsregierung, die dann durch den Kriegsausbruch obsolet wurden.

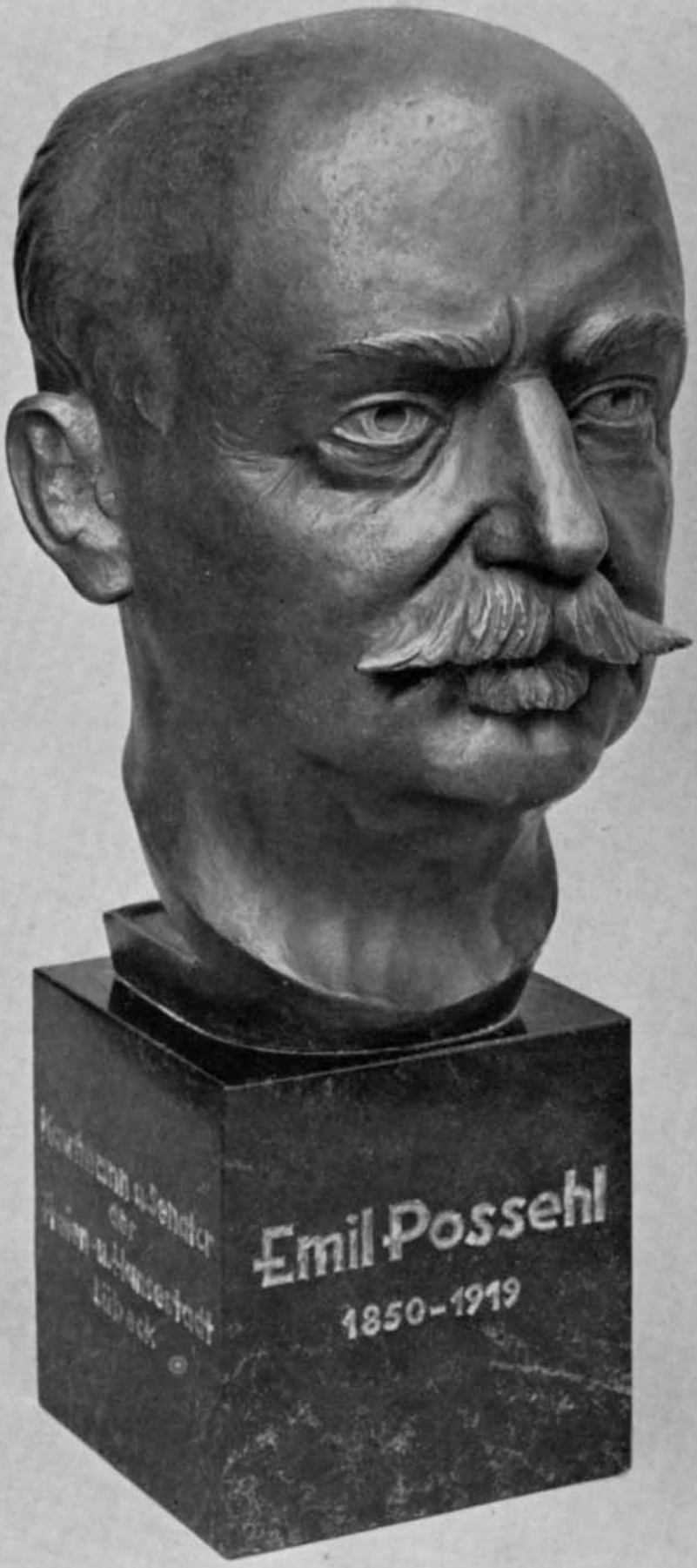
Neben den Senatoren Neumann und Possehl war auch der Senator Johann Heinrich Evers[29] (1855-1926), Senator seit 1903, Verbandsmitglied, wie auch Landgerichtspräsident Hoppenstedt (1834-1910).

Ein genaueres Sozialprofil der Lübecker Alldeutschen vermittelt die Selbstangabe der alldeutschen Ortsgruppe für das Kriegsjahr 1917[30]: Neben Grube als Vorsitzendem amtierte als Schriftführer der Rat am Stadt- und Landamt, Dr. jur. Storck, als Kassenführer der selbständige Kaufmann Johann Zaeckel. Als Vorstandsmitglieder firmierten zwei Senatoren, Neumann und Cay Diedrich Lienau (1867-1953), Senator seit 1908, dann der Wortführer der Bürgerschaft 1917-1919 und Präses der Handelskammer, Konsul C. F. Dimpker, zwei Ärzte, ein weiterer Oberlehrer, ein Bürovorsteher, ein Pastor, ein Bürgermeister a. D., mehrere höhere Beamte in Verwaltung und Justiz –, am prominentesten war hier der Landgerichtspräsident Dr. Richard Oemler, der Nachfolger Hoppenstedts, von 1913-1930 im Amt, zwei Rechtsanwälte, ein Buchdruckereibesitzer und ein selbständiger Kaufmann. Einfache Mitglieder blieben die Senatoren Possehl und Evers, sie traten öffentlich nicht hervor.

Damals hatte die Ortsgruppe 300 Mitglieder, das war viel, verglichen damit, dass die wesentlich größere Hansestadt Hamburg mit der zweitgrößten Ortsgruppe im Reich bei Kriegsbeginn nur etwas mehr als die doppelte Anzahl[31] Mitglieder, nämlich 640, aufwies. Bedeutsamer als die schiere Zahl aber war die soziale Zusammensetzung: In Lübeck waren Meinungsführer in Senat und Bürgerschaft, in der Verwaltung, in der Justiz und in der Kaufmannschaft dominant vertreten, ganz im Gegensatz zu Hamburg, wo sich eher die kleineren und mittleren Kaufleute und Industriellen engagiert hatten.

Der Deutsche Wehrverein und der Deutsche Flottenverein in Lübeck. Possehl und Neumann waren auch aktive Mitglieder in dem auf Initiative des Alldeutschen Verbandes im Januar 1912 in Berlin gegründeten Deutschen Wehrverein, der nach der diplomatischen Niederlage des

28 Ebda., S. 230 f.; Niendorf, S. 126.
29 Hering, S. 257.
30 Lübecker Adressbuch 1917, S. 937.
31 1914 waren es 614 Mitglieder, vgl. Hering, S. 314, auch für das Folgende.


Emil Possehl
1850-1919

Deutschen Reiches in der Zweiten Marokkokrise 1911 eine weitere schnelle Aufrüstung der kaiserlichen Armee einforderte. In seinem sogenannten Ausschuss, seinem Führungsgremium, war Possehl vertreten. Er trat auch als Redner auf der ersten Hauptversammlung am 12. Mai 1912[32] in Berlin auf und referierte seine Thesen zur Einrichtung eines wirtschaftlichen Generalstabes. Auch Neumann hatte den Gründungsaufruf vom 28. Januar 1912 unterzeichnet. und firmierte im Landesverband Lübeck als Beisitzer[33].

Höhere Mitgliederzahlen als die Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes und des Deutschen Wehrvereins hatte in Lübeck nur der Deutsche Flottenverein[34] mit 650 Mitgliedern im Jahr 1917; dessen Landesverein Lübeck war 1899 gegründet worden, 1917 stand Bürgermeister Eschenburg an seiner Spitze, sein Stellvertreter war Vize-Admiral a. D. Kühne (1838-1926). Kühne, ein nationaler Multifunktionär, war in diversen weiteren nationalen Vereinen der Stadt tätig, so als Vorsitzender des Kriegerverbandes Lübeck, der die Kriegsteilnehmer von 1870/71 sammelte oder in der Abteilung Lübeck der Deutschen Kolonialgesellschaft.

Bild linke Seite:
Emil Possehl (1850-1919), Lübecker Großkaufmann und Stifter. Bronzebüste von Emil Manzel.
Quelle: Geschichte des Handelshauses Possehl 1847-1919. Im Auftrage der Possehl-Stiftung von H. Niendorf unter Mitarbeit von K. Haß, Lübeck 1962, o. Seitenzahl (= S. 6)

Sammlung im Zeichen nationaler Opposition 1912/13. Der Ausgang der Reichstagswahlen 1912 hatte die Krisenstimmung im nationalen Bürgertum verstärkt: Ein Ergebnis war, dass die konservativen und rechtsbürgerlichen Partien noch enger zusammenrückten. Hierdurch konnte ihr relativer Machtverlust im Reichstag in Berlin aber nur teilweise kompensiert werden.

Gleichzeitig versuchten deshalb die den Rechtsparteien nahestehenden wirtschaftlichen Interessenverbände der Landwirtschaft – der Bund der Landwirte –, der Großindustrie-Centralverband Deutscher Industrieller – und des sogenannten Alten Mittelstandes – der Reichsdeutsche Mittelstandsverband – ihre Zusammenarbeit auf wirtschafts- und sozialpolitischem Feld zu intensivieren, um auf diese Weise im außerparlamentarischem Raum politischen Druck auf den Reichstag und vor allem auf die Reichsregierung auszuüben. Diese außerparlamentarischen Sammlungsbemühungen gipfelten im August 1913 in der Konstituierung des sogenannten Kartells der schaffenden Stände[35].

In diese anlaufenden Bündnisgespräche war auch die Spitze des Alldeutschen Verbandes um Claß und Admiral a. D. Breusing einbezogen, zusammen mit dem prominenten Lübecker Alldeutschen, Senator Neumann. Als Claß am 4. Juli 1913 erste Sondierungsgespräche mit der Führung des Bundes der Landwirte in Berlin aufnahm, war Neumann Mitglied der dreiköpfigen alldeutschen Delegation. Neumann resümierte am 6. Juli: „Claß und ich waren sehr (i.O.) befriedigt von dem Ergebnis …Wir versprechen uns außerordentlich viel davon“.[36]

Am 24. August 1913 wurden auf einer gemeinsamen Tagung der drei großen Wirtschaftsverbände in Leipzig folgende Leitsätze als Arbeitsprogramm verabschiedet:

1. Zusammengehen der drei Gruppen: gewerblicher Mittelstand,

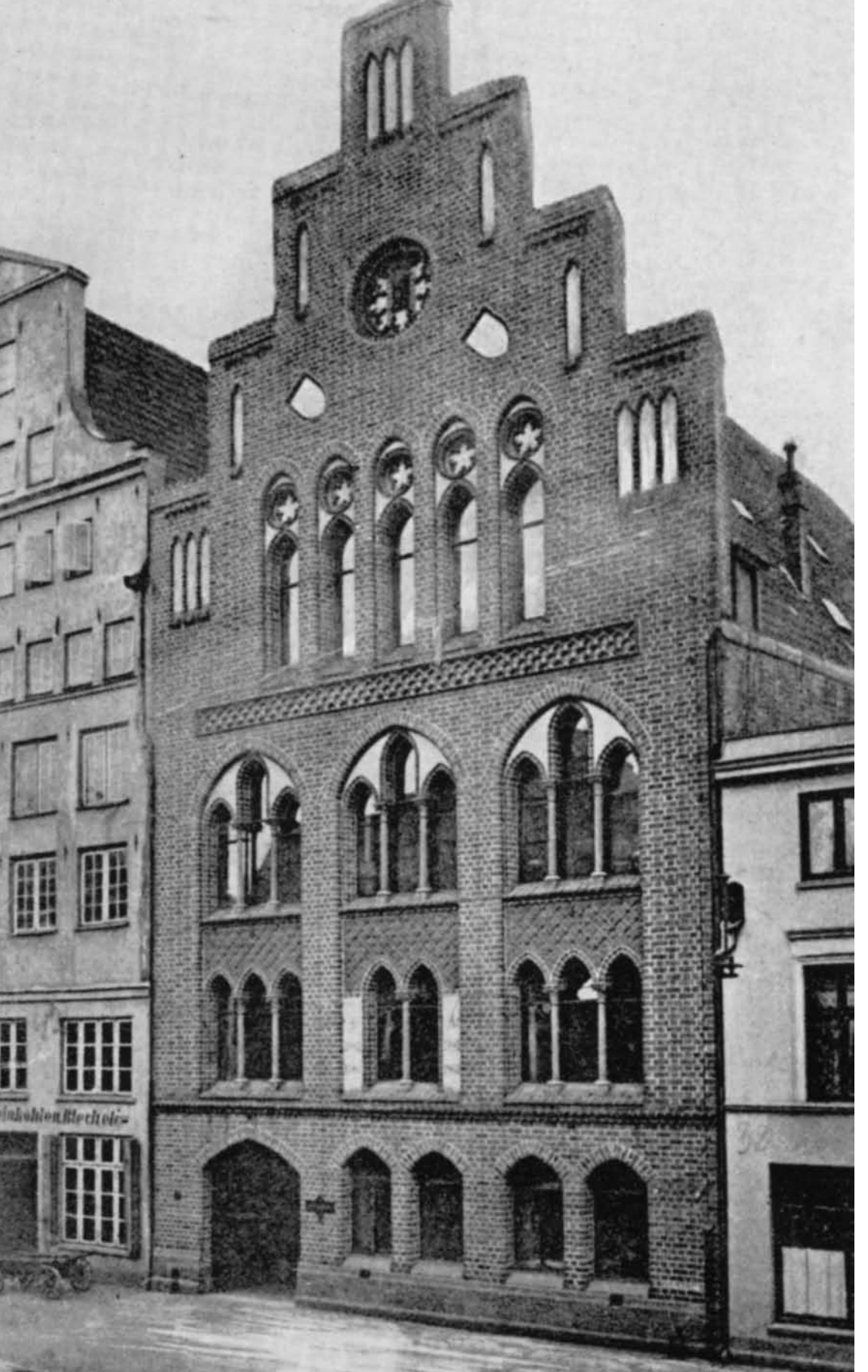
32 Vgl. Stegmann, Erben, S. 317, Anm. 93. Der Deutsche Wehrverein hatte zu diesem Zeitpunkt 33 000 Einzelmitglieder, am stärksten war er in Schleswig-Holstein, am schwächsten in den süddeutschen Bundesstaaten. Im Mai 1913 hatte er 87 000 Einzelmitglieder, vgl. die Angaben seines ersten Vorsitzenden August Keim, Erlebtes und Erstrebtes, Hannover 1925.

33 Lübecker Adressbuch 1917, S. 938.

34 Ebda., S. 926.

35 Zur Entstehung des sog. Kartells der schaffenden Stände vgl. Stegmann, Erben, S. 352ff.

36 Claß, Wider den Strom, S. 271; Bericht Neumanns über dieses Treffen: Neumann an C.C. Eiffe, 6.7. 1913 in: BA Berlin, Akten des Alldeutschen Verbandes Nr. 480 (= alte Nummerierung der Akten im damaligen Deutschen Zentralarchiv Potsdam, auch für die folgenden Belege).



Industrie und Landwirtschaft zur gegenseitigen Unterstützung und Bekämpfung der Auswüchse im Organismus unseres Wirtschaftslebens.
2. Aufrechterhaltung der Autorität in allen wirtschaftlichen Betrieben.
3. Schutz der nationalen Arbeit, Sicherung angemessener Preise und Schutz der Arbeitswilligen.
4. Bekämpfung der Sozialdemokratie und Bekämpfung sozialistischer Irrlehren.

Als Fernziel wurde angestrebt, eine feste organisatorische Basis für eine auf Dauer berechnete Zusammenarbeit der beteiligten Verbände zu schaffen.

Die Leipziger Verlautbarungen und die Reden der Verbandsvertreter auf der Versammlung liefen auf eine prononcierte Kritik an Reichstag und Reichsregierung hinaus. Freiherr von Wangenheim vom Bund der Landwirte und Alfred Hugenberg für den Centralverband Deutscher Industrieller, der damalige Vorsitzende des Krupp'schen Direktoriums, waren hinter den Kulissen die Architekten dieser außerparlamentarischen Rechtsfront, einer Nationalen Opposition gegen die als schwach gebrandmarkte Reichsregierung unter ihrem Kanzler Bethmann-Hollweg. Die Mittelständler – ihr Verband war erst 1911 mit den Geldern dieser beiden Wirtschaftsverbände gegründet worden – liefen als erweiterte Massenbasis dabei mit.

Ziel war es, den Reichskanzler durch einen „starken" Mann abzulösen und eine grundlegende Neuorientierung in der deutschen Politik einzuleiten. Hugenberg optierte für eine „Politik der eisernen Hand"[37] gegenüber der Sozialdemokratie ebenso wie die konservative Rechte um Freiherr.von Wangenheim oder Elard von Oldenburg-Januschau.

Der Alldeutsche Verband wurde verdeckt – in der Öffentlichkeit trat er als weiterer Bündnispartner überhaupt nicht auf – mit ins Boot genommen; durch die lockere Kooperation mit dem Bund der Landwirte sollten dabei die außenpolitischen Zielsetzungen der Alldeutschen in der Presse des Bundes der Landwirte in Berlin, in der 'Deutschen Tageszeitung', in Zukunft stärker berücksichtigt werden, im Gegenzug versprach der Bund der Landwirte, seine Position in der Frage der sogenannten Inneren Kolonisation in den 'Alldeutschen Blättern' zu verdeutlichen, das heißt, der Ansiedlung von landwirtschaftlichen Familienbetrieben im Osten des Reiches.

Senator Neumann war auch Berichterstatter über diese Besprechungen in der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes am 5. September 1913 in Berlin.[38] Er führte unter dem Tagesordnungspunkt 'Der Alldeutsche Verband und Sammlungspolitik' aus, die Ausführungen des Vorsitzenden des Bundes der Landwirte hätten „darin gegipfelt", dass auf dem Gebiete der inneren Politik gegen die zunehmende Demokratisierung und Atomisierung eine Sammlung aller staatserhaltenden Kräfte notwendig sei und dass ihm schon aus diesem Grunde engere Fühlung-

Bild linke Seite:
Geschäftshaus Possehl in der Lübecker Beckergrube, erbaut 1902.
Quelle: Geschichte des Handelshauses Possehl 1847-1919. Im Auftrage der Possehl-Stiftung von H. Niendorf unter Mitarbeit von K. Haß, Lübeck 1962, S. 114.

37 So der Freund Hugenbergs, der Regierungspräsident von Königsberg, Foerster, in der Zusammenfassung eines Briefes von Hugenberg an ihn, Foerster an Hugenberg, 6. 10. 1013, in: BA Koblenz, Nachlass Hugenberg Nr. 13.

38 BA Berlin, Akten des Alldeutschen Verbandes, alte Signatur Nr. 90.

Bild rechts:
Rechtsanwalt Heinrich Claß, Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes 1908-1939; Bild aus dem Jahre 1928.
Quelle: Deutsches Historisches Museum, Berlin, abgedruckt bei J. Leicht, Heinrich Claß 1868-1953, Paderborn, München, Wien, Zürich 2012, nach S. 176.

nahme zwischen Bund der Landwirte und dem Alldeutschem Verband wünschenswert erscheine und dass auf dem Gebiete der äußeren Politik dem Bunde bisher ein rechter Sachverständiger gefehlt habe". Claß selbst sah in der Besprechung einen „bedeutsamen Nutzen für die völkische Sache", umso mehr, als „unsere Wirksamkeit gar nicht einmal allein auf den Bund der Landwirte beschränkt bleibe. Es sei ja bekannt, dass der Bund der Landwirte auch mit dem Zentralverband Deutscher Industrieller und der Mittelstandsvereinigung Beziehungen angeknüpft habe", und zwar nicht nur aus „wirtschaftspolitischen, sondern auch aus sozialpolitischen Gründen".

Alldeutsche Staatsstreichpläne 1913/14. Als Speerspitze der Fronde gegen die Reichsregierung fungierte dabei der Alldeutsche Verband. Claß hatte bereits im Frühsommer 1912 unter dem Pseudonym Daniel Frymann ein Buch veröffentlicht, das unter dem Titel „Wenn ich der Kaiser wär'" ein radikales innen- und außenpolitisches Reformprogramm aufgestellt hatte: Ersetzung des Reichstagswahlrechts durch ein Pluralwahlrecht bei gleichzeitiger Einführung des parlamentarischen Regierungssystems, Stellung der deutschen Juden unter Fremdenrecht, rücksichtslose Bekämpfung der Sozialdemokratie als zentrale Forderungen. In der Außenpolitik eine „starke" Politik, auch um den Preis eines europäischen Krieges.

Dieses Buch erlebte bis zum Frühjahr 1914 fünf Auflagen à 5000 Exemplare; es ist ein Gradmesser für die in 'nationalen' Kreisen weit verbreitete Sorge um die Fehlentwicklung des Reiches.[39] Einer der über das Buch neu gewonnenen alldeutschen Parteigänger war der bayerische Kavalleriegeneral a. D. Konstantin Freiherr von Gebsattel. Er wurde im Herbst 1913 von Claß ins Feld geschickt als Verfasser einer Denkschrift mit dem Titel 'Gedanken über den notwendigen Fortschritt in der inneren Entwicklung Deutschlands'[40]. Sie ging an ausgewählte Personen im konservativen Lager, auch der Führer des Bundes der Landwirte bedankte sich Ende Oktober 1913 bei Claß für ein Exemplar. Es ist davon auszugehen, dass auch Neumann und Hugenberg informiert wurden. Wahlrechtsänderung, Kampf gegen die Juden und die Sozialdemokratie waren wiederum zentrale Punkte, die Claß' alte Forderungen von 1912 nur leicht variierten. Die Denkschrift war an den Kronprinzen adressiert, gelangte aber auch an den Kaiser und den Reichskanzler. Beide wiesen diesen Aufruf zum Staatsstreich von oben zwar scharf zurück; dennoch blieb die Staatsstreich-Programmatik im äußerst rechten Spektrum der Politik in den folgenden Monaten bis zum Kriegsausbruch intern auf der Tagesordnung.

Kriegszieldebatten. Unmittelbar nach Kriegsausbruch im August 1914 formulierte der Alldeutsche Verband ein Kriegszielprogramm, das weitreichende Annexionen im Osten und Westen Europas vorsah. An einer ersten Besprechung im kleinsten Kreise im Oktober 1914[41] in Berlin nahmen neben den Spitzen des Bundes der Landwirte sowie der Großindustrie (Hugenberg, Emil Kirdorf, Hugo Stinnes)

39 Zur zeitgenössischen Rezeption des sogenannten Kaiserbuches vgl. Stegmann, Erben, S. 293ff.

40 Pogge v. Strandmann, Hartmut, Staatsstreichpläne, Alldeutsche und Bethmann-Hollweg, in: Hamburger Studien zur neueren Geschichte, hrsg. von Fritz Fischer, Frankfurt 1965, S. 7ff., dort auch der Abdruck der Denkschrift; vgl. jetzt auch Leicht, Johannes, Heinrich Claß 1868-1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen, Paderborn, München, Wien, Zürich 2012, S. 171f.

41 Claß, Wider den Strom, S. 354; von alldeutscher Seite nahmen daran nur Claß, Neumann, Frhr. von Gebsattel und Admiral Grumme-Douglas teil. Claß versandte die Denkschrift an 200 ausgewählte Mitglieder, das Anschreiben datiert vom 16. Oktober 1914.

auch Claß und Senator Neumann aus Lübeck teil. Ein Exemplar der ersten gedruckten Kriegszieldenkschrift vom Dezember 1914 befindet sich im Nachlass Neumann.[42] Hier tauchte zum ersten Male die Forderung auf, annektierte Gebiete im Osten „frei von Menschen", das heißt durch Aus- und Umsiedlung, zu schaffen.

Das alldeutsche Kriegszielprogramm wurde in den folgenden Jahren, ungeachtet aller Unterschiede im Detail, Grundlage der Forderungen der Wirtschaftsverbände gegenüber der Reichsregierung, das heißt von Centralverband Deutscher Industrieller, Bund der Landwirte und Reichsdeutschem Mittelstandsverband.[43]

In Lübeck informierte Neumann seine politischen Freunde über die Ziele eines deutschen Siegfriedens; auch Cloß vom Nationalliberalen Verein Lübeck sprach sich in der nichtöffentlichen Sitzung des Zentralvorstandes seiner Partei am 21. Mai 1916[44] in Berlin für Gebietserweiterungen in Ost und West aus.

Diese Kriegszieldebatten fanden bis Ende 1916 nur in geheimen Konventikeln beziehungsweise in vertraulichen Gesprächen und Eingaben an die Regierung statt. Eine öffentliche Kriegszieldebatte konnte aufgrund der Burgfriedenspolitik der Regierung, die das innenpolitische Klima mit Rücksicht auf die SPD und die Freien Gewerkschaften nicht belasten wollte, und der flankierenden Pressezensur der Militärbehörden nicht geführt werden.. Erst mit der Freigabe der Kriegszielerörterungen durch Reichsregierung und Oberste Heeresleitung Ende Dezember 1916, die auf Druck der nationalen Parteien und Verbände zustande gekommen war, entstand eine neue Situation. Nicht von ungefähr plädierte bereits am 3. Januar 1917 der Lübecker Bürgermeister Ferdinand Fehling anlässlich der Übernahme seines neuen Amtes in seiner Ansprache an den Senat öffentlich pointiert für einen „deutschen Frieden".[45]

Um die Durchschlagskraft seiner Kriegszielpropaganda zu erhöhen, kaufte der Alldeutsche Verband im Frühjahr 1917 in Berlin eine völkische Tageszeitung auf, die 'Deutsche Zeitung'.[46] Einen Werbeaufruf in der Tagespresse unterschrieb auch Senator Neumann. Dafür wurden ganz erhebliche Geldmittel aufgebracht, in einem ersten Schritt knapp zwei Millionen Mark, für den weiteren Ausbau der Zeitung wurden mehr als sechs Millionen veranschlagt. Das Geld stammte in erster Linie aus der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie um Hugenberg, Stinnes und Kirdorf. Aber auch von den „Freunden an der Wasserkante" – so der in Norddeutschland tätige Geldsammler Hopfen – wurden 600 000 Mark in Aussicht gestellt, das heißt aus Hamburg, Bremen und Lübeck. Aus Lübeck beteiligten sich Neumann und Possehl mit je 50 000 Mark[47], aus der Stadt kamen zusätzlich etwas mehr als 80 000 Mark[48] dazu. Weitere Zeichner aus Norddeutschland mit kleineren Beträgen waren Mitglieder der Ortsgruppe Kiel – die Ärzte Weisner und Bunsen, der Schriftführer Hanssen –, dann höchstwahrscheinlich Ernst Oberfohren, der damalige Schriftleiter der Zeitschrift 'Nord-West' der vereinigten Konservativen in Schleswig-Holstein, schließlich beteiligte sich aus Altona Landgerichtsdirektor Carl Lohmann.

42 Stadtarchiv Lübeck, Nachlass Neuman Nr. 13; für den Zusammenhang vgl. auch Leicht, Claß, S. 184ff.

43 Vgl. dazu Fischer, Fritz, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1961, S. 101ff.

44 Von Bassermann zu Stresemann. Die Sitzungen des nationalliberalen Zentralvorstandes 1912-1917, Düsseldorf 1967, S. 244.

45 Fehling, Ferdinand, Aus meinem Leben, Lübeck 1929, S. 181.

46 Vgl. dazu Stegmann, Dirk, Die 'Deutsche Zeitung' 1917-1918. Präfaschistische Öffentlichkeit am Ende des Kaiserreiches, in: Kultur, Politik und Öffentlichkeit. Festschrift für Jens Flemming, Kassel 2009, S. 266ff.

47 Leicht, Claß, S. 231.

48 Akten des Alldeutschen Verbandes Nr. 177a (alte Zählung), Possehl an Hopfen 18.12.16, teilt mit, dass „auch hier, wie Kollege Neumann mir sagte, von etwa 50 Interessenten M 80.700 gezeichnet worden sind". Die Vorbereitungen für den Kauf der 'Deutschen Zeitung' liefen bereits seit Ende 1916.

Die 'Deutsche Zeitung' mutierte zum radikalen Kampfblatt ihrer alldeutschen Hintermänner, hier schrieben neben Claß und v. Gebsattel Georg W. Schiele, der politische Adlatus von Wolfgang Kapp, Houston Stewart Chamberlain oder der renommierte Historiker Dietrich Schäfer von der Universität Berlin.

Epochenjahr 1917: Die Gründung der Deutschen Vaterlands-Partei. Seit dem Frühjahr 1917 zeichneten sich einschneidende innen- und außenpolitische Veränderungen ab. Im April war der Krieg durch den Kriegseintritt der USA zum Weltkrieg geworden; im Februar hatte in Russland die erste bürgerliche Revolution stattgefunden, die dann im Herbst durch die sozialistische Oktoberrevolution abgelöst wurde. Im Deutschen Reich kündigte der Kaiser in seiner sogenannten Osterbotschaft vom April 1917 Änderungen des Dreiklassenwahlrechts in Preußen an. Im Juli 1917 kam es erstmalig in der deutschen Parlamentsgeschichte im Reichstag zu einem politischen Zweckbündnis von SPD, Linksliberalismus und katholischer Zentrumspartei unter Führung von Matthias Erzberger. Diese sogenannten Mehrheitsparteien im Reichstag verlangten in ihrer Friedens-Resolution einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, innenpolitisch die Demokratisierung des Wahlrechts in Preußen. Es folgte die Einsetzung eines Verfassungsausschusses durch den Reichstag, mit dem Ziel, die Parlamentarisierung der Reichsverfassung durchzusetzen. Zudem signalisierte Gustav Stresemann für die Nationalliberale Partei, an der Konstituierung eines Interfraktionellen Ausschusses zusammen mit den Mehrheitsparteien teilzunehmen. Diese innen- und außenpolitische Neuorientierung alarmierte das konservative wie auch das rechtsnationalliberale Parteimilieu unter Einschluss des rechten Flügels der Zentrumspartei.

Anfang September 1917 wurde als außerparlamentarische Opposition gegen diese Politik die Deutsche Deutsche Vaterlands-Partei[49] in Königsberg in Ostpreußen am Sedanstag gegründet; an deren Spitze trat als 1. Vorsitzender der 1915 von seinem Amt als Staatssekretär der Reichsmarineamtes zurückgetretene Großadmiral von Tirpitz. 2. Vorsitzender wurde als Organisator und Spiritus Rector der Neugründung Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, ein Vertrauensmann des ostpreußischen Großgrundbesitzes. Ehrenvorsitzender wurde Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg.

Die Deutsche Vaterlands-Partei verlangte einen sogenannten Deutschen Frieden, beziehungsweise einen Hindenburg-Frieden, das heißt Annexionen im Westen (Belgien, flandrische Küste, französische Erzgebiete von Longwy-Briey), sowie weitreichende Landgewinne im Osten (Baltische Staaten, Zurückdrängung Russlands nach Osten); das lief außenpolitisch im Kern auf eine Übernahme alldeutscher Forderungen hinaus. Innenpolitische Ziele wurden offiziell ausgespart, darüber sollte erst nach einen siegreichen Frieden gesprochen werden.

Die Deutsche Vaterlands-Partei umfasste auf ihrem Höhepunkt im Spätsommer 1918 31 Landesverbände mit knapp 2600 Ortsver-

49 Zur Vaterlandspartei vgl. Stegmann, Erben, S. 497 ff.; die Monographie von Heinz Hagenlücke, Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches, Düsseldorf 1997, ist unkritisch und unzuverlässig. Vor allem die Sozialstruktur der Partei ist völlig verzeichnet. Vgl. dazu meine Besprechung in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 10, 1999, S. 952f.

einen. Kerngebiete waren die protestantisch-ländlichen preußischen Provinzen in Preußen, Pommern, Sachsen, Ostpreußen und Schleswig-Holstein; daneben war die Partei auch im Königreich Sachsen sehr stark, wohingegen sie in den süddeutschen Staaten mit Ausnahme von Bayern deutlich schwächer vertreten war.

Die Partei hielt zwei große Parteitage in Berlin ab, den ersten am 24. September 1917, den zweiten am 19. April 1918. Finanziert wurden die Zentrale in Berlin und die Landesvereine in erster Linie mit den Geldern der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, die allein über zwei Millionen Mark in die Partei investierte. Auf dem Höhepunkt im Sommer 1918 hatte die Deutsche Vaterlands-Partei mindestens 800 000 Einzelmitglieder, weit über eine Million Mitglieder über korporativ angeschlossene nationale Verbände (Alldeutscher Verband, Unabhängiger Ausschuss für einen Deutschen Frieden, Deutscher Wehrverein, Deutscher Flottenverein, Deutsche Kolonialgesellschaft, Deutscher Ostmarkenverein).

Anfang 1918 wurde außerdem eine Arbeiter-Abteilung unter einem ehemaligen Führer der sogenannten gelben, wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung in Berlin gegründet, die vor allem die Kriegszielpropaganda in der Arbeiterschaft durch Redner und Flugschriften organisierte. Daneben entstand im Frühjahr 1918 eine eigenständige Frauen-Abteilung, die die Ideen der Partei in die konservative Frauenbewegung tragen sollte.

Claß, Hugenberg und der Vertraute Kapps, Georg W. Schiele, standen zudem hinter den Plänen, eine Deutsche Arbeiter- und Angestellten-Partei[50] zu gründen, die mit antisemitischen und antidemokratischen Programmpunkten im März 1918 an die Öffentlichkeit trat und im Oktober 1918 – ohne Erfolg – bei einer Reichstagsersatzwahl in Berlin kandidierte.

Claß war in die Gründung der Vaterlands-Partei miteinbezogen und saß bis zum Dezember 1917 im Vorstand, zog sich danach aber aus taktischen Gründen zurück, aber auch, weil ihm Tirpitz in seiner Funktion als Parteivorsitzender, Redner und politischer Akteur allzu stark von gouvernementalen Rücksichten gegenüber Kaiser und Reichsregierung bestimmt zu sein schien. Zudem wollte Tirpitz selbst der Kritik der politischen Gegner, die Deutsche Vaterlands-Partei sei nichts weiter als eine alldeutsche Filiale, die Spitze abbrechen.

Claß plädierte demgegenüber von Anfang an für einen kompromisslosen Kampf gegen die Regierung, auch wenn Hugenberg ihn Mitte September 1917 zu belehren suchte, dass nicht der zahlenmäßig kleine Alldeutsche Verband, sondern die Deutsche Vaterlands-Partei die einzige Möglichkeit sei, als außerparlamentarische Massenbewegung politische Änderungen herbeizuführen: „Wenn die versagt, ist es vorbei“.[51]

Claß plädierte früh für die Errichtung einer Militärdiktatur: In einer Audienz bei Ludendorff am 5. Oktober 1917[52] schlug er ein sogenanntes „Kabinett in Feldgrau“ vor, dem neben Lohmann und Hugenberg vor allem Senator Neumann aus Lübeck für innenpolitische

50 Zur Deutschen Arbeiter- und Angestelltenpartei vgl. Stegmann, Dirk, Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910-1918. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP. in: Archiv für Sozialgeschichte XII., Bd. 1972, bes. S. 385ff., mit den wichtigsten Quellen im Anhang.

51 Hugenberg an Claß 16. 9. 1917, zit. bei Stegmann, Erben, S. 504.

52 Kruck, Alfred, Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939, Wiesbaden 1954, S. 103f.

Fragen angehören sollte. In dem 2. Vorsitzenden der Deutsche Vaterlands-Partei, Kapp, fand Claß einen Parteigänger seiner politischen Kampfestaktik. Auch wenn Kapp nicht offen gegen Tirpitz auftreten konnte, so verfolgte auch er das Ziel, den Reichstag aufzulösen und eine Militärdiktatur einzurichten. Ende Dezember 1917 forderte er ebenfalls gegenüber Ludendorff eine „Diktatur Hindenburg“[53], ohne damit bei bei der Obersten Heeresleitung durchzudringen.

Der Landesverein Lübeck der Deutschen Vaterlands-Partei. Am 30. September, knapp eine Woche nach dem ersten großen Parteitag der Deutschen Vaterlands-Partei in Berlin, erschien im Lübecker ‘General-Anzeiger’[54] ein Aufruf zur Bildung eines Landesvereins Lübeck. Er übernahm die innen- und außenpolitische Programmatik der Berliner Zentrale. 45 Lübecker hatten unterschrieben. Laut ‘Lübecker Volksboten’[55] waren davon mehr als die Hälfte, nämlich 27, Mitglieder des Alldeutschen Verbandes.

Die prominentesten waren vier Angehörige des Senats, nämlich Georg Kalkbrenner[56], Senator seit 1907, Cay Lienau[57], damaliger Polizeiherr der Stadt, Neumann und Possehl. Neumann fiel als tatkräftiger Unterstützer vor Ort in der Folgezeit aus, da er seit September von den Militärbehörden nach Riga abgeordnet war; dort fungierte er seit dem 18. Oktober 1917 offiziell als Beirat des Gouvernements Riga.[58]

Bürgerschaft und -ausschuss[59] Lübecks waren durch Mitglieder ihres Vorstandes vertreten. Des Weiteren hatte der Vorsitzende der Lübecker Filiale des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie unterschrieben. Für den Nationalliberalen Verein zeichneten beide Vorsitzende, Cloß und Gebhard, für die Lübecker Wirtschaft der Präsident der Handelskammer, Konsul Dimpker, sowie der Syndikus, für die Justiz Landgerichtspräsident H. Oemler. Für die protestantische Kirche endlich unterschrieb der Synodenvorsitzende Hauptpastor Lütge (St. Ägidien).

Gewichtet man die soziale Stellung sämtlicher Unterzeichner, so ergibt sich folgendes Bild: Mit elf Nennungen rangierten selbständige kleine Geschäftsleute an der Spitze, höhere Beamten (zwei Oberlehrer, zwei Direktoren bei Bahn und Post, ein Katasterdirektor, vier Richter und Staatsanwälte) folgten mit insgesamt neuen Nennungen; auf Platz drei lagen Großkaufleute und Industrielle (u. a. Hermann Eschenburg, Possehl, Dimpker, Carstens) mit sechs Nennungen; in deutlichem Abstand dann das selbständige Handwerk, nämlich vier Handwerksmeister, darunter zwei Obermeister[60]. Die freien Berufe waren durch zwei Rechtsanwälte und Notare, zwei Ärzte und einen Ingenieur vertreten.

Demgegenüber hatten lediglich zwei kleine Beamte – ein Oberpostschaffner und ein Gerichtssekretär – unterschrieben sowie ein einziger Volksschullehrer, ein Hauptlehrer. Arbeiter und Angestellte fehlten ganz, im Gegensatz etwa zu Städten wie Kiel, Altona, Hamburg oder Bremen.[61] Hier hatten nationale Arbeiter unterschrieben. Dass das in Lübeck nicht der Fall war, mag auch daran liegen, dass

53 Zit. bei Stegmann, Erben, S. 517, Anm. 454.
54 Lübecker General-Anzeiger Nr. 230, 2. Beilage.
55 Lübecker Volksbote Nr. 231, 2.10.1917, Die sogenannte Vaterlandspartei.
56 Kalkbrenner, 1875-1956, war 1902 Sekretär der Handelskammer und von 1907-1933 Senator, zuletzt 1945-1951 Leiter der Finanzverwaltung in Lübeck.
57 Cay Diedrich Lienau, 1867-1953, war Staatsanwalt und Landrichter (1902), dann seit 1904 Senator bis 1919.
58 Lübecker General-Anzeiger 2.10.1917.
59 Konsul C. Dimpker, Wortführer; Professor Dr. Grube, Vorsitzender der Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes und Kaufmann E. Boie, beide Mitglieder des Bürger-Ausschusses.
60 Der Obermeister der Schlachterinnung, Fust, war zugleich stellv. Wortführer des Bürger-Ausschusses.
61 Vgl. Stegmann, Dirk, Die Deutsche Vaterlandspartei in Schleswig-Holstein, bes. S. 62ff.

hier keine wirtschaftsfriedlichen 'gelben' Arbeitervereine vorhanden waren.

Dass in Lübeck auch keine Frauen unter den Unterzeichnern zu finden waren, überrascht ebenfalls nicht. Auch im preußischen Altona oder in der Hansestadt Bremen tauchten sie als Unterzeichner der Aufrufe nicht auf. Eine Ausnahme macht hier der Ortsverein Kiel mit knapp zehn Prozent Frauen, seine Frauenquote lag auch weit vor Hamburg mit nur knapp drei Prozent.

Ein zweiter Werbeaufruf erschien am 3. Oktober[62], zu den alten Namen kamen der stellvertretende Vorsitzende des Landesverbands Lübeck des Deutschen Flottenvereins, Vize-Admiral a. D. Kühne, ein weiterer Hauptpastor, Alfred Stülcken (St. Lorenz), sowie ein weiterer kleiner Beamter, ein Ober-Telegraphensekretär, hinzu. Damit war die Prävalenz von Besitz und Bildung bestätigt, das Honoratiorenmilieu mit einem starken mittelständischen Einschlag blieb dominant.

Ein dritter Aufruf vom 7. Oktober[63] vereinigte noch einmal die vorher genannten Namen. In der Presse folgte der sogenannte Große Aufruf der Parteileitung in Berlin, der auf den schon bestehenden Landesverein in Lübeck hinwies: Mitgliedsanträge seien an den Kaufmann F. W. Müller zu richten, der bereits den ersten Aufruf unterzeichnet hatte. Müller, der ein Geschäft in der Breiten Straße hatte (Leinen, Wäsche, Betten, Gardinen), wurde Erster Vorsitzender.[64] Eine erste große öffentliche Versammlung mit etwa 1000 Personen – diese Selbstaussage in der Zeitung ist schwer zu kontrollieren – fand am 20. Oktober[65] in der Stadthalle statt. Hier wurden Zwecke und Ziele der neuen Partei vorgestellt; für den Vorstand begrüßte der Juwelier Buchwald die Anwesenden. Demnach sei der Landesverein „vor kaum 14 Tagen" ins Leben getreten, inzwischen habe man „fast 1500" Mitglieder rekrutieren können. Dieser Zuspruch ist beachtlich; der Landesverein der weitaus größeren Stadt Hamburg hatte laut Bericht der politischen Polizei bis Ende Oktober 1917 3500 Mitglieder[66] gewinnen können, und an einer Werbeversammlung mit Tirpitz am 14. Dezember nahmen laut Polizeibericht 4000 Personen teil. Im Vergleich mögen diese Zahlen in etwa den Zuspruch in den beiden Hansestädten für diesen frühen Zeitpunkt dokumentieren. Sie sind Beleg dafür, dass die Deutsche Vaterlands-Partei über das Mitgliederpotential der etablierten nationalen Parteien und Verbände hinaus in neuen Bevölkerungsschichten Fuß fassen konnte. Vermutlich waren das in erster Linie Gruppen aus dem Kleinbürgertum; die sozialdemokratische Arbeiterschaft erreichte man nicht.

Absolute Mitgliederzahlen für die Folgezeit fehlen. Im Herbst 1918 waren die Mitgliederzahlen anscheinend rückläufig, denn als am 20. Oktober 1918 der Vorstand der Deutschen Vaterlands-Partei die Mitglieder seines erweiterten Reichsausschusses wählte, erhielt Lübeck wie beispielsweise auch Bremen und Braunschweig keinen Sitz mehr in diesem Gremium, dagegen wurden Hamburg und Schleswig-Holstein jeweils zwei Vertreter zugesprochen[67].

62 Lübecker General-Anzeiger Nr. 232, 3.10.1917.
63 Nr. 236, 7.10.1917.
64 Mitteilungen der Deutschen Vaterlands-Partei Nr. 1, Dezember 1917, S. 4.
65 General-Anzeiger Nr. 248, 21.10.1917.
66 Staatsarchiv Hamburg, Politische Polizei, S. 2064, Bd. 2, Aufzeichnung vom 31.10.1917. Der Landesverband Hamburg war am 8. Oktober gegründet worden, der in Bremen bereits am 18. September 1917.
67 Nachlass Kapp, D X Nr. 17 (alte Zählung im damaligen Deutschen Zentralarchiv Merseburg der DDR, auch für die folgenden Kapp-Materialien, jetzt im BA Koblenz).

Geschickt hatte man als Hauptredner für die erste Werbe-Versammlung in Lübeck den ehemals linksliberalen Bremer Lehrer Hinrich Hormann gewinnen können, der Vorstandsmitglied im Bremischen Landesverein war. Im Vorfeld hatte der alldeutsche Bremer Kaufmann A. Gildemeister noch auf E. Possehl einzuwirken versucht, Hormann wieder auszuladen; seiner Meinung nach habe dieser sicherlich Zuspruch bei den „breiten, freisinnigen Massen", aber für „nationale Macht – oder gar völkische Politik" fehle ihm „jede Ader".[68] Nur aus Gründen des „Mitgliederfangs" und der „Organisationsbildung" sei Hormann zu gebrauchen. Gerade dieses Kalkül wurde allerdings maßgeblich für die Verpflichtung Hormanns als Redner.

Ende November 1917 fasste der Landesverein eine eigene Entschließung[69] zur Kriegszielfrage, in der er die „Herrschaft in Belgien" forderte, das sei eine „Frage von Sein oder Nichtsein des Deutschen Reiches"; für den Osten müsse das Ziel sein, „Litauen und die deutschen Ostseeprovinzen dem Deutschen Reich einzugliedern". Das lag auf der Linie der Gesamtpartei, die diese Entschließung auch in ihrem offiziellen Mitteilungsorgan im Dezember 1917 abdruckte.

Die Kriegsziele, die das Deutsche Reich erreichen müsse, standen im Zentrum der Agitation in Lübeck. Am 8. Dezember trat der alldeutsche Pfarrer Gottfried Traub[70], ehemals auch ein Freisinniger, als Redner zum Thema „Die Freiheit der Meere" mit scharfen Attacken auf England und die USA auf; auch Ernst Oberfohren[71] aus Kiel referierte am 13. März 1918 auf dem Höhepunkt der deutschen Offensive im Westen.

Damals vollzog sich ein Wechsel in der Leitung des Landesvereins, der Goldschmied Max Buchwald[72], Mitglied der Bürgerschaft, wurde erster Vorsitzender, Müller amtierte jetzt als Geschäftsführer. Buchwald nahm an der Sitzung der Vorsitzenden der Landesvereine und ihrer Geschäftsführer anlässlich des zweiten Parteitages in Berlin am 19. April 1918 teil. Auch Landgerichtspräsident Oemler war als Vertreter Lübecks zugegen. Gleichzeitig wurde der Gutsbesitzer Plathe in den ersten sogenannten Reichsausschuss der Deutschen Vaterlands-Partei delegiert, ein Honoratiorengremium, das damals aus 50 Personen bestand.

Bilanziert man die Aktivitäten des Landesvereins Lübeck, so wird deutlich, dass die finanzkräftigen Hintermänner zwar öffentlich für die Ziele der Deutschen Vaterlands-Partei eintraten, die Führung nach außen aber kleinen selbständigen Kaufleuten überließen. Generell gab es in der Mitgliedergewinnungs-Strategie der Deutschen Vaterlands-Partei von Anfang an starke manipulative Elemente: alldeutsch-großbürgerliche Kreise blieben im Hintergrund, das gilt für die Gesamtpartei etwa für Hugenberg, Stinnes oder Kirdorf. Ohne deren Geldmittel hätte die Deutsche Vaterlands-Partei weder ihre Organisation noch ihre Propaganda durch Broschüren, Flugschriften, Plakate und eine eigene Redner-Abteilung aufbauen können.

68 Ebda., D X Nr. 1, Andreas Gildemeister an Emil Possehl, in: Abschrift an Wolfgang Kapp, 13.10.1917.
69 Mitteilungen der Deutschen Vaterlands-Partei Nr. 2, 21. 12. 1917, S. 6; Entschließung vom 17.11.1917.
70 Die Freiheit der Meere. Vortrag im Landesverein Lübeck der Deutschen Vaterlands-Partei, Sonnabend, den 8. Dezember 1917, gedruckt 1917, 7 S.
71 Nord-West Nr. 14, 25.3.1918, S. 79.
72 Zu Buchwald vgl. dessen Erinnerungen: Buchwald, Max Carl, Aus der Jugendzeit. 1855-1929, Typoskript, Bielefeld Lübeck 1957.

Blickt man auf Norddeutschland, so gibt es vergleichbare Prozesse, beispielsweise war in Hamburg zunächst Hermann Blohm (Blohm & Voss) als Landesvorsitzender in Aussicht genommen, er wurde dann durch den Vize-Präsidenten der Bürgerschaft, den Rechtsanwalt H. Bagge, ersetzt; ähnlich in Bremen: Hier zog Ludwig Roselius (Kaffee HAG) in enger Abstimmung mit Kapp im Hintergrund die Fäden, Vorsitzender wurde dann Konsul W. Biedermann.

Bis in den Oktober 1918 hinein hielt die Deutsche Vaterlands-Partei an ihrer Strategie eines deutschen Siegfriedens fest und war nicht bereit, der neuen parlamentarischen Regierung seit dem 5. Oktober 1918 beziehungsweise den Mehrheitsparteien im Reichstag außen- oder gar innenpolitisch entgegenzukommen. Eine Reformbereitschaft der Eliten in Besitz und Bildung, aber auch in Teilen des selbständigen Mittelstandes, im Handwerk, Kleingewerbe und bei den Kleinkaufleuten war nur in Ansätzen vorhanden. Ihr Fehlen wurde zu einer schweren Hypothek für die neue Republik nach dem militärischen Zusammenbruch des Kaiserreiches im Herbst 1918. Politisch vergifteten die Erben der Deutschen Vaterlands-Partei, die sich mehrheitlich in der DNVP sammelten, mit der Dolchstoßlegende das innenpolitische Klima der Republik; der äußerst rechte Flügel um Kapp versuchte 1920, die Republik zu stürzen und erneuerte damit die Staatsstreich-Programmatik von 1913/14.

In Lübeck konnte ein alldeutscher Politiker wie Neumann sogar zum Bürgermeister der Stadt avancieren; er musste 1926 erst dann zurücktreten, als er in alldeutsche Putschpläne verwickelt zu sein schien. Seine alldeutsche Karriere im Kaiserreich war kein Handicap für seine Wahl gewesen.